



Was stärkt die Demokratie?



Bürgerrat Ernährung

Wie umgehen mit dem
Aufstieg der Rechtspopulisten

Das kollegiale Regierungssystem
der Schweiz



Im Bürgerrat Ernährung arbeiteten unterschiedliche Menschen an gemeinsamen Lösungen und konnten so Polarisierung überwinden.

ab Seite 4



Viele Demonstrationen stehen für Vielfalt und gegen Rechts. Wie schaffen wir eine Kontaktdemokratie, die Andersdenkende einschließt und gleichzeitig Grenzen setzt?

ab Seite 20



Mehr Demokratie hat ein Workshopformat für mehr demokratische Teilhabe von jungen Menschen mit Beeinträchtigung entwickelt.

ab Seite 48

Inhalt

Bürgerrat Ernährung

- 4 Ein Bericht
- 14 Geschichten aus dem Bürgerrat - Interviews

Was stärkt die Demokratie?

- 16 „Sei a Mensch“ - Rede zum Holocaust-Gedenktag
- 18 Einleitende Gedanken
- 20 Plädoyer für eine Kontaktdemokratie
- 22 Psychologie der AfD - Interview mit Prof. Eva Walther
- 26 Die Dialog-Initiative *Kleiner Fünf*
- 29 Mehr Demokratie: Das Brandenburg-Projekt

Schwerpunkt Ost

- 30 Die ZuhörTour von Maja Wallstein
- 34 Wie lebt es sich mit der AfD?
- 37 Mach doch! - Eine Aktions-Landkarte zu den Landtagswahlen

Europa und die komplexe Moderne

- 38 Was die Demokratie der Vielheit braucht

Bundesweite Volksabstimmung

- 42 Geschichte und Ausblick

Demokratie-Workshops

- 48 Angebote für junge Menschen mit Beeinträchtigung

Schweiz

- 52 Zur Regierung mit der SVP - Interview mit Nationalrätin Céline Widmer

Rezension

- 56 Mehr direkte Demokratie wagen!

MD INTERN

- 58 Ländertelegramm
- 60 Einblick
- 61 Ankündigung Bundesmitgliederversammlung

Demokratischer Spruch

- 62 Antonio Gramsci

Liebe Leserinnen und Leser,

„In der Demokratie haben die anderen auch recht!“ ...

... das sagte Gisela Erler, die ehemalige Staatsrätin für Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg. Wie weit sind wir heute davon entfernt?

Polarisierung lebt unter anderem davon, sich selbst von der „falschen“ Seite zu distanzieren und mit Gleichgesinnten auf die „richtige“ Seite zu stellen. Unter Seinesgleichen sich zu organisieren und auf die Straße zu gehen, stärkt das Gefühl der eigenen Wirkmacht. Aber stärkt es auch hinreichend unsere Demokratie? Wer nach Demonstrationen abends auf das Sofa sinkt und glaubt, man hätte etwas zur Rettung der Welt beigetragen, kennt das ernüchternde Gefühl am nächsten Morgen: Was hilft's? Aus diesem Ernüchterungsgefühl heraus hat sich einst Mehr Demokratie gegründet, um mehr Beteiligung zu ermöglichen statt nur zu demonstrieren. Wir wollen die Menschen mitbestimmen und mitentscheiden lassen - dort, wo es darauf ankommt.

Wie fühlt es sich an, auf der „einen“ oder der „anderen“ Seite zu sein? Politische Themenbeispiele gibt es viele. Wir können Meinungen, Positionen und Haltungen verachten, aber dürfen wir auch Menschen verachten? Wie antastbar ist die Würde des Menschen? Und welche Rolle spielen heute Mehrheitsverhältnisse für unser Gefühl und die politische Debatte? In der Corona-Pandemie war es eine laute Minderheit von „nur“ 20 Prozent, die anders dachte. Heute sind es 20 Prozent AfD-Wählerinnen und -Wähler, die gefühlt 80 Prozent der demokratischen Bedrohung ausmachen.

Was, wenn Abgrenzung nur jene Kräfte stärkt, die es zu verhindern gilt? Kann es eine Demokratie verkraften, ganze Bevölkerungsgruppen ins Abseits zu verbannen und sie damit sich selbst und dem Ungewissen zu überlassen? Fragen, die auch Mehr Demokratie beschäftigen. Mehr Demokratie ist eine Organisation, die versucht, alle im Blick zu haben und inhaltlich neutral zu bleiben, die sich nicht auf die eine oder andere Seite ziehen lassen darf und doch Stellung beziehen muss. Wir verstehen das Vermitteln zwischen den Fronten als Demokratieprinzip - und kommen doch an Grenzen. An unsere inneren. Wie beziehungs-fähig sind wir? Auch wir müssen unsere Komfortzone und die eigene Blase verlassen, weshalb wir gerade mit neuen Dialogformaten in jene Orte gehen, wo die Menschen untereinander verstummt sind.

„Eine gefestigte Demokratie wie die in der Schweiz hat kein Problem, 30 Prozent Rechtspopulisten und damit die stärkste Fraktion zu integrieren“, sagte unlängst unser Kuratoriumsmitglied Frau Prof. Dr. Silvia Tschopp aus der Schweiz. „Aber ist Deutschland eine gefestigte Demokratie?“, fügte sie nachdenklich hinzu.

Eine gefestigte Demokratie lebt die regelmäßige Einbindung der Menschen in Wahlen, Abstimmungen und Dialogformaten und beruht auf dem Grundverständnis, unterschiedliche Interessen immer aushandeln zu können. Etwas unterscheidet uns von der Schweiz ganz besonders: Wir erleben uns als Zuschauerinnen und Zuschauer am Spielfeldrand der Politik, während sich die Menschen in der Schweiz als souveräne Spielerinnen und Spieler im Feld erleben.

Der Umgang mit der Gefahr für unsere Demokratie beschäftigt auch uns vielfältig - erleben Sie diese Ausgabe als Anregung zur Diskussion!

Herzlich grüßt Sie



Ihre Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin



Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie

Das war der Bürgerrat Ernährung - Ein Bericht

von Roman Huber und Anne Dänner





Foto: Deutscher Bundestag/Robert Boden/Mehr Demokratie

Während am 14. Januar im Regierungsviertel Bauern und Bäuerinnen mit ihren Traktoren demonstrieren, tagte drinnen in den Hallen des Bundestags der Bürgerrat Ernährung. Eine bemerkenswerte Gleichzeitigkeit, denn beides sind Formen der außerparlamentarischen Beteiligung. Hier „wird Politik gemacht“ von denjenigen, die beruflich nichts mit Politik zu tun haben. Auch die Themen drinnen und draußen sind ähnlich: Es ging zum Beispiel um Fragen der Tierhaltung, um gesunde und bezahlbare Lebensmittel, Wertschätzung, Arbeitsbedingungen, Finanzierung ...

Und doch könnte die Energie und Stimmung der beiden Veranstaltungen nicht unterschiedlicher sein: Wer die Bauernproteste beobachtet, erlebt viel aufgestaute Wut, Frust, eine Haltung von Kampf und Abwehr, die Angst vor Abwertung oder Verlust. Auch bei einem Bürgerrat gibt es teils heftige Emotionen und sehr unterschiedliche Positionen. Aber sie werden anders aufgefangen und verarbeitet. Im Kern eines Bürgerrats stehen der respektvolle Umgang miteinander, teils tiefe Diskussionen und immer wieder

„Unsere Stimmen haben Gewicht.“

auch das Hinterfragen der eigenen Meinung. ZEIT-Journalist Lenz Jacobsen formuliert zugespitzt: „Bauernproteste und Bürgerräte: Die geschwächte Parteiendemokratie muss zeigen, ob sie sich lieber von ihren Gegnern oder von ihren Verbündeten treiben lassen will.“¹

Der Bundestag hat mit dem Bürgerrat Ernährung zum ersten Mal einen Bürgerrat eingesetzt, finanziert und durch eine eigene Verwaltungseinheit, die den ganzen Prozess steuert, in den parlamentarischen Betrieb eingebunden. Mehr Demokratie hat diesen Bürgerrat zusammen mit IFOK, nexus und IPG als Dienstleister durchgeführt.

Themensetzung

Der Bundestag hat „Ernährung im Wandel“ als Thema für seinen ersten Bürgerrat ausgewählt. Das Thema Essen berührt persönliche Einstellungen, hat praktische Auswirkungen auf den Alltag und ist zugleich komplex. Viele Ebenen spielen eine Rolle: Gesundheit, Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie, der Handel, der Umweltschutz, das Klima. Und irgendwie hat es immer auch mit unserem Herzen zu tun. Es geht um Identität, ich bin, was ich esse. Das Essen bietet eine Möglichkeit, sich als Person selbst zu definieren, die eigene Haltung und Werte der Außenwelt darzustellen.

„Wir müssen sensible Vorschläge erarbeiten. Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft, wo nur einige Fleisch essen können und andere nicht.“

Der Bundestag wollte von den Bürgern und Bürgerinnen wissen, wo sich der Staat einmischen soll und wo nicht. Instrumente hat der Staat einige: Er kann regulieren, verbieten, Subventionen oder Steuern einführen oder aufheben. „Steuern steuern“, das wurde den Mitgliedern des Bürgerrates schnell klar. Und Verbote bedeuten nicht immer eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, sondern können den Markt und die Industrie regeln.

Losverfahren

Das Verfahren war so organisiert, dass das Los jeden in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren hätte treffen

BÜRGERRAT: WAS IST DAS BESONDERE?

Das Besondere an einem Bürgerrat: Hier kommt eine Gruppe von ausgelosten Menschen zusammen, ein Querschnitt der Bevölkerung mit Blick auf Alter, Wohnort, Beruf, Bildung und Geschlechterverteilung und eventuell weitere Kriterien. Sie treffen sich über einen längeren Zeitraum immer wieder, um ein Thema zu vertiefen. Es gibt eine Moderation, die dafür sorgt, dass alle gleichberechtigt zu Wort kommen, dass keiner hinten runterfällt. Und es gibt Expertinnen und Experten, die alle auf den gleichen Wissensstand bringen. Vor allem aber: Die Gruppe hat eine konkrete Aufgabe. Sie soll Vorschläge zu einer bestimmten Frage für die Politik erarbeiten.

In Bürgerräten entsteht eine neue demokratische Kultur, jenseits von Macht- und Grabenkämpfen. Denn es genügt nicht, zu protestieren, Meinungen zu äußern, Behauptungen aufzustellen, Forderungen zu erheben. Ein Bürgerrat muss Ergebnisse liefern. Und zwar solche Ergebnisse, die am Schluss die gesamte Gruppe mittragen kann, auch wenn nicht jeder Vorschlag allen Teilnehmenden gefallen wird. Hier erfahren Menschen, wie es sich anfühlt, politische Lösungen erarbeiten zu müssen, die mehr sind als das Durchsetzen der eigenen Interessen. „Herr Schreiber lernt Politik“, so betitelt die *Süddeutsche Zeitung* ihre lange Reportage, für die sie einen der Ausgelosten über viele Wochen begleitet hat.

¹ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/buergerrat-ernaehrung-im-wandel-demokratie-bauernproteste>



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas spricht mit Teilnehmenden des Bürgerrats Ernährung

können. Das Zufallsprinzip wurde mit bestimmten Kriterien kombiniert, so dass ein Spiegel der Gesellschaft entstand: Beim Bürgerrat Ernährung wurde die Verteilung der Men-

„Ich glaube, man will eine unabhängige Meinung vom Bürgerrat, welche Dinge zu ändern sind.“

schen in Deutschland nach Geschlecht, Stadt- oder Landbevölkerung, Bundesland, Schulbildung und Ernährungsgewohnheiten berücksichtigt. Wie auch in der Bevölkerung ernährten sich im Bürgerrat 88 Prozent mit Fleisch, 10 Prozent vegetarisch und 2 Prozent vegan. Das war vor allem für Letztere nicht immer einfach, denn es wurde deutlich, dass Veganismus aktuell nur in einer kleinen Blase anschlussfähig ist. Diesmal ist es (anders als bei den zuvor selbstorganisierten Bürgerräten) gelungen, genügend Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss zu erreichen. Gut 20 Prozent hatten Hauptschul- oder auch gar keinen Abschluss. Moderation und Expertinnen und Experten konnten also nicht mit verkopften und komplizierten Methoden antreten. Fremdworte und komplexe Zusammenhänge mussten „übersetzt“ und verständlich vermittelt werden. Das bedeutet zusätzlichen Aufwand, weil Fachleute nicht auf ihre üblichen Materialien zugreifen können und bei den Sitzungen Menschen für die Erläuterung

komplizierter Begriffe dabei waren. Das Losverfahren hat auch dazu geführt, dass das ganze politische Spektrum der Gesellschaft vertreten war. Zudem waren politisch Engagierte bis hin zu Menschen, die mit Politik nichts am Hut haben, anwesend.

Herausforderung: Die „Fakten“ klären

Wer weiß schon, wie hoch bestimmte Lebensmittel besteuert werden, ob es eine Zuckersteuer in anderen Ländern gibt oder wie stark sich Label tatsächlich auf das Kaufverhalten auswirken? Wie in allen politischen Runden muss auch im Bürgerrat geklärt werden: Auf welcher Basis sprechen wir? Die Antwort scheint einfach: Auf der Basis von Fakten. Und hier beginnt das Problem. Fakten sind nicht von vornherein und objektiv da, sondern sie werden geschaffen im wörtlichen Sinne (lat. *facere* = tun, herstellen). Alle Ereignisse stehen in einem Kontext. Ob eine Bombenexplosion in einer Stadt ein Terrorakt oder ein Kriegsangriff ist, ist nicht ohne weitere Informationen ersichtlich. Reine Fakten ohne

„Die Demokratie lebt!“

jegliche Bewertung sind oft nicht zu gebrauchen. Wer stellt nun Ereignisse und Forschungsergebnisse in einen politischen Kontext? Und wer „produziert“ überhaupt Wissen? Auch die Wissenschaft ist sich nicht immer eins, im Gegenteil, sie widerspricht sich oft in wesentlichen Fragen. ▶

DER BÜRGERRAT ERNÄHRUNG

Im Herbst 2023 begann ein Rat aus 160 zufällig ausgelosten Menschen aus ganz Deutschland zu tagen. In mehreren Sitzungen zwischen September 2023 und Januar 2024 berieten die Ausgelosten über das Thema „Ernährung im Wandel - Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“. Am 20. Februar wurden dem Bundestag neun Empfehlungen übergeben, die nun beraten werden. Die Empfehlungen lauten:

- 1 **Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder:** Bundesweit soll an allen Kindergärten und Schulen kostenfreies und gesundes Mittagessen angeboten werden.
- 2 **Bewusstes Einkaufen leicht gemacht durch ein verpflichtendes staatliches Label:** Für alle in Deutschland und der Europäischen Union verkauften Produkte soll es ein verpflichtendes staatliches Label geben. Das Label soll die Bereiche Klima, Tierwohl und Gesundheit einzeln berücksichtigen und es soll wissenschaftlich fundiert sein.
- 3 **Verpflichtende Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel:** Supermärkte und andere Lebensmittelgeschäfte ab einer Größe von 400 Quadratmetern Verkaufsfläche sollen verpflichtet werden, noch genießbare Lebensmittel, die sonst weggeworfen würden, an gemeinnützige Organisationen weiterzugeben.
- 4 **Lebensbedingungen und Herkunft von Tieren transparent darstellen:** Ein verpflichtendes und staatlich kontrolliertes, ganzheitliches Tierwohllabel soll den gesamten Lebenszyklus von Nutztieren abbilden.
- 5 **Neuer Steuerkurs für Lebensmittel:** Unter anderem soll die Definition von Grundnahrungsmitteln überarbeitet und auf Produkte wie unverarbeitetes und tiefgefrorenes

Obst und Gemüse in Bio-Qualität, Hülsenfrüchte, Nüsse und Vollkorngetreide sowie Mineral- und Tafelwasser keine Mehrwertsteuer mehr erhoben werden.

- 6 **Gemeinschaftsverpflegung in Pflegeeinrichtungen:** In Krankenhäusern, Reha-, Senioren- und anderen Pflegeeinrichtungen soll der Zugang zu gesunder und ausgewogener Ernährung sichergestellt werden.
- 7 **Verbrauchsabgabe zur Förderung des Tierwohls:** Mit einer zweckgebundenen Verbrauchsabgabe auf tierische Produkte soll der Umbau der Tierhaltung hin zu einer artgerechten Nutztierhaltung finanziert werden.
- 8 **Altersgrenze für Energydrinks:** Für den Kauf von Energydrinks und ähnliche Produkte soll ein Mindestalter von 16 Jahren eingeführt werden.
- 9 **Mehr Personal für Lebensmittelkontrollen und bessere Transparenz:** Die Berufsordnung für Lebensmittelkontrollere soll so geändert werden, dass die Zugangshürden für diesen Beruf gesenkt werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Kontrollergebnisse sollen der Öffentlichkeit auf einfache Weise zugänglich gemacht werden.

Die Reihenfolge entspricht den Prioritäten der Teilnehmenden, die darüber abstimmen konnten, welche Punkte ihnen besonders wichtig waren. Das kostenfreie Mittagessen für Kinder lag dabei an erster Stelle.

Das ganze Verfahren wurde von unserem „Konsortium“ durchgeführt, also von einem Team aus Instituten, die sich gemeinsam auf die Ausschreibung des Bundestags beworben hatten. Aufgaben von Mehr Demokratie waren die Gesamtkoordination, die Konzeptarbeit, Unterstützung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Assistenz bei der Moderation.

Gespräch beim Bürgerrat





Gruppendiskussion beim Bürgerrat Ernährung

Zudem unterliegen wir alle als Individuen, als Gruppen und Organisationen psychologischen Verzerrungen, das gilt in abgeschwächter Form auch für die Wissenschaft. Wir lehnen Sachinformationen, die unsere Gruppenzugehörigkeit bedrohen, unbewusst ab. „Denken“ bedeutet oft, nach Beweisen zu suchen, die die eigenen Überzeugungen untermauern. Welche Fakten wie gefiltert werden, hängt auch ab von der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit. Und wir bemerken meist nicht, dass wir uns mit unserem eigenen Weltbild und Weltverständnis auseinandersetzen, wenn wir uns eine Meinung bilden.

Umgang mit den Herausforderungen im Bürgerrat:

A: Integration von Alltagswissen: Gleich zu Beginn wurden die Teilnehmenden nicht mit Fakten „vollgestopft“, sondern das Wissen und die Lebenserfahrung der Teilnehmenden wurde abgefragt. So wählten die Menschen aus einer Vielzahl von Themen Schwerpunkte aus: Labeling/Transparenz, Tierwohl und bezahlbare, gesunde Lebensmittel.

B: Vielfältiger wissenschaftlicher Beirat: Um bei der Auswahl von Fachleuten Fairness, Wissenschaftlichkeit und Vielfalt sicherzustellen, wurde vom Bundestag ein wissenschaftlicher Beirat eingesetzt. Er wurde nach einem bewährten Schlüssel besetzt, der die Fraktionen in Ihren Größen abbildet (3 + 3 + 2 + 2 + 1 + 1 = bis zu 12 Fachleute). Die beiden größten, SPD und CDU, konnten je drei Beiräte benennen, dann die mittelgroßen je zwei und die kleineren Fraktionen je einen.

ERKENNTNIS: WENIGER POLARISIERUNG ALS ERWARTET

In den Debatten spielten parteipolitische Einstellungen keine große Rolle. Es gab keine scharfen Wortgefechte, keinen unüberbrückbaren Streit oder gar Spaltung, über die Frage, wie viel ein Schnitzel in Zukunft kosten soll. Die meisten Runden verliefen sachlich und ruhig. Und zunächst waren erst einmal alle daran interessiert, sich tiefer zu informieren. Im Grunde waren sich die meisten auch bei den großen Zielen einig. Unterschiedlich waren die Vorstellungen, wie diese zu erreichen sind. Wer einmal nicht einverstanden war, teilte sich ohne Hassparolen mit. Fast immer konnten sich die Bürgerinnen und Bürger zu Kompromissen in der konkreten Formulierung von Maßnahmen durchringen.

Das einzige Thema, bei dem dies nicht gelungen ist, war die von einigen vorgeschlagene Einführung einer Zuckersteuer. Am Ende entschied sich die Versammlung, keine Zuckersteuer zu empfehlen, dafür aber Folgendes: Zucker soll nicht mehr als Grundnahrungsmittel eingestuft werden, und mit 19 Prozent statt wie bisher mit 7 Prozent besteuert werden. Dafür sollen Gemüse oder Hülsenfrüchte gar nicht mehr besteuert werden.

Der Beirat tagte fast vor jeder Sitzung und entschied, welche Fachleute zu Themen der einzelnen Sitzungen eingeladen werden sollten. Er half der Moderation, einen Überblick über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion und die jeweiligen Pro- und Contra-Argumente zu erhalten. Seine Stellungnahme vom 20. Februar 2024 zum gesamten Verfahren ist lesenswert².

„Jetzt habe ich gerade erlebt,
wie Demokratie funktioniert.“

C: Kompetente Fachleute: Die Auswahlkriterien waren: Anerkannte Expertise, Vertretung unterschiedlicher Positionen und eine diverse Besetzung mussten sichergestellt werden. Vor allem wurde darauf geachtet, ob die Fachleute in der Lage waren, komplexe Zusammenhänge allgemeinverständlich zu präsentieren.

D: Einbindung der Teilnehmenden: Die Bürgerinnen und Bürger konnten auch selbst Experten und Expertinnen vorschlagen. Zum Thema Tierwohl wurden etwa auf ihren Wunsch zwei Landwirte eingeladen.

² https://www.bundestag.de/buergerrat_ernaehrung

E: Praxiserfahrungen: Die Ausflüge am zweiten Wochenende zu einem Milchviehhof, einer Großkantine und in das Verteilungszentrum einer Tafel gegen Lebensmittelverschwendung machten vieles anschaulicher. Anschließend mussten die Teilnehmenden in einem Lebensmitteldiscounter ein Abendessen für eine vierköpfige Familie zusammenstellen, das nicht mehr als neun Euro kosten durfte. Das entspricht dem Betrag, mit dem Bürgergeldempfänger oft auskommen müssen. Danach wurde der Einkauf im Hinblick auf Qualität und Ausgewogenheit der Ernährung bewertet. So sollte ein Bewusstsein für die wirtschaftliche und soziale Umsetzbarkeit der Maßnahmen geschaffen werden.

F: Transparenz: Jeder Vortrag, jede Präsentation wurde aufgezeichnet und auf der internen Online-Plattform veröf-

„Wenn man nicht mitmacht, kann
man nicht mitreden.“

fentlich. Die einführenden Beiträge der Fachleute wurden auch auf den Seiten des Bundestags veröffentlicht, so dass nachvollziehbar ist, dass bei der Wissensvermittlung nicht einseitig oder gar manipulativ vorgegangen wurde.

G: Faktenchecks: Ein Beispiel: In einer Diskussion begründet ein Teilnehmender seine Position mit der Aussage,

Exkursion zu einem Milchviehhof





Abstimmung der Bürgerrats-Empfehlungen

„Der Bürgerrat ist eine Institution, um mehr Demokratie zu wagen.“

dass vor allem Supermärkte an den Lebensmittelverschwendung schuld seien. Eine andere Teilnehmerin sieht das anders. Anstatt eines Schlagabtauschs ruft die Moderation einen Faktenchecker in den Raum, der die Information entweder schon weiß oder recherchiert. In der Regel kann eine Frage so unmittelbar geklärt werden.

H: Rückmeldung des Beirats zu den Empfehlungen:

Vor der letzten Sitzung verfassten die Beirats-Mitglieder zu allen bis dahin ausgearbeiteten Empfehlungsentwürfen eine schriftliche Rückmeldung. Dabei wurden fachliche und juristische Anmerkungen zur Umsetzbarkeit gegeben, aber keine Bewertungen. Den Ausgelosten war inzwischen bewusst, dass auch Expertinnen und Experten bei allem ehrlichen Bemühen um Neutralität eine eigene Überzeugung haben. So wurden die Rückmeldungen zwar einbezogen, aber nicht „überbewertet“.

Moderation

Die wichtigste Aufgabe der Moderation bei Dialogprozessen ist, zu Beginn Vertrauen aufzubauen. Sie soll einen Raum schaffen, in dem Menschen sich wohl fühlen, frei denken und sprechen können. Im Laufe der Monate wuchs das Selbstbewusstsein von zurückhaltenderen Teilnehmenden und so manche Vielredner wurden etwas stiller. Zum Ende

des Bürgerrats geht es darum, die Diskutierenden zu einem Ergebnis zu führen, ohne inhaltlich Einfluss zu nehmen.

Zusammenarbeit

In der Konzeption und Durchführung des Bürgerrates arbeiteten Menschen aus fünf gesellschaftlichen Bereichen mit ihren unterschiedlichen Arbeitsweisen und Kulturen direkt oder indirekt zusammen: aus der Politik (Abgeordnete des Deutschen Bundestags), der Verwaltung (Stabsstelle Bürgerräte), der Wissenschaft, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft (Mehr Demokratie und die anderen Durchführungsinstitute). Ein Schlüsselakteur war und ist die neu geschaffene Stabsstelle Bürgerräte, der Verwaltung des Deutschen Bundestags. Sie hat die Ausschreibung formuliert, den Zuschlag erteilt, begleitet und steuert den ganzen Prozess und ist

ERKENNTNIS: BÜRGERRÄTE BEWEGEN MENSCHEN

Bürgerräte vermitteln ein Gefühl von Selbstwirksamkeit. Und sie schlagen eine Brücke zwischen Politik und Bevölkerung, die allein mit Wahlen und Bürgersprechstunden in den Wahlkreisen nicht zu bauen ist. Das zeigten auch die Reaktionen der Teilnehmenden. Wer an einem Bürgerrat teilnimmt, versteht anschließend besser, warum Politik oft nur in kleinen Schritten vorankommt.

dem Bundestag gegenüber für die fachlich korrekte Durchführung verantwortlich.

Öffentlichkeitsarbeit

Zu einem erfolgreichen Bürgerrat gehört auch, dass er nicht nur von 160 Menschen und ihrem Umfeld wahrgenommen wird, sondern auch in einer breiteren Öffentlichkeit. Beim Bürgerrat Ernährung wurden der Öffentlichkeit drei Erzählstränge vermittelt. 1. Wer sind die Ausgelosten? 2. Wie läuft ein Bürgerrat ab? 3. Was bringt ein Bürgerrat? Um das zu erreichen, haben wir vor allem auf die Vermittlung von Teil-

„Ein Mensch kann sich dazu entscheiden, seine Ernährung umzustellen. Ein Tier kann nicht einfach so seine Haltungsform ändern. Das können wir Menschen aber tun.“

nehmenden an die Medien gesetzt. Denn es sind die Menschen und ihre persönliche Geschichte, die die Regionalmedien, aber auch die „großen“ Medien interessieren.

Die Erwartungen von einigen hundert Berichten wurden weit übertroffen: In mehr als 3.600 Berichten wurde der Bürgerrat erwähnt, darunter auch *Tagesschau*, *heute-Nachrichten*, eine große Reportage in der *Süddeutschen Zeitung*, mehrere Beiträge in der *FAZ*, viele Interviews in den regionalen Radio- und TV-Sendern. In den sozialen Medien war „Bürgerrat“ mehrmals unter den Tagestrends. Selbst in die *Apothekenumschau*, die auflagenstärkste Zeitschrift Deutschlands, hat es der Bürgerrat geschafft. Und in die *Bild*-Zeitung, die über den Ausstieg eines Teilnehmers von der *Schwäbischen Zeitung* abgeschrieben und das zu einer Skandalgeschichte hochgezogen hat. Zum Teil wurden Aus-

„Ich bin stolz, ein Teil des Bürgerrats zu sein.“

geloste durch den ganzen Prozess begleitet, auch zu Hause besucht. Manche Medienleute waren auf den Exkursionen und bei den Live-Sitzungen dabei und sind tief eingestiegen.

Natürlich gab es auch Kritik an dem Bürgerrat, deutlich mehr als bei den selbstorganisierten Bürgerräten. Auch die Rolle von Mehr Demokratie ist teilweise kritisch thematisiert worden. Dass Bedenken, Kritik und teils auch Falschbehauptungen sowohl von manchen Interessenverbänden als auch von einzelnen Politikerinnen und Politikern und Medien ka-

men, zeigt, wie relevant das Thema „Bürgerrat“ geworden ist. Wenn sich in der politischen Landschaft wirklich etwas bewegt, erzeugt das automatisch auch eine kritische Gegenbewegung.

Fazit: Wie Bürgerräte die Politik verändern können

Bürgerräte des Bundestags können brauchbare Ergebnisse erarbeiten. Die Stabsstelle Bürgerräte bündelt das ganze Organisations- und Durchführungs-Know How dazu in der Bundestagsverwaltung. Denn letztlich muss der Staat selbst in der Lage sein, Beteiligungsverfahren zu organisieren.

Hardcore-Fans von Bürgerräten fordern, dass diese verbindliche Entscheidungen treffen können sollten. Das halten wir für falsch. Verbindliche Entscheidungen sind dem Parlament vorbehalten. Und den Bürgerinnen und Bürgern nur über Bürger- und Volksentscheide.

Um Bürgerräte sinnvoll einzusetzen, muss ihr Potential richtig eingeschätzt werden. Sie zaubern in der Regel keine

AUSBLICK: WIE GEHT ES WEITER MIT DEM BÜRGERRAT ERNÄHRUNG?

Am 20. Februar wurde das Bürgergutachten der Bundestagspräsidentin und allen Fraktionen übergeben. Bei der Veranstaltung waren rund 35 Abgeordnete und 100 Teilnehmende anwesend. Das waren deutlich mehr als erwartbar war. Es zeigt auch das Interesse und die Wertschätzung des Bundestags gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Das Bürgergutachten hat die Bundestagsdrucksachen-Nummer 20/10300 und kann im Dokumentationssystem des Bundestags nachverfolgt werden. Das ist neu. So kann das Gutachten wie jede andere Vorlage oder ein Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren behandelt werden. Zunächst wird es vermutlich im Plenum diskutiert und dann an den federführenden Ausschuss für Ernährung weitergeleitet. Einzelne Empfehlungen könnten in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werden, zum Beispiel die Forderungen zur Mehrwertsteuer im Finanzausschuss oder die zu Energydrinks im Gesundheitsausschuss. Die Stabsstelle wird auf der Website des Bundestags eine Art Nachverfolgungssystem einrichten, so dass man immer sehen kann, an welcher Stelle im Bundestag die einzelnen Empfehlungen gerade beraten werden. Die Bundestagspräsidentin will das Gutachten auch an den Bundesrat weiterleiten, da die Forderung nach einem beitragsfreien Mittagessen an Schulen für alle Kinder zu einem Teil Ländersache ist.



Abschluss des Bürgerrats im Paul-Löbe-Haus

vorher noch nie gehörten Vorschläge aus dem Hut. Aber sie erzeugen Antworten auf offenen Fragen und mögliche Kompromisse für Konfliktthemen. Sie zeigen nicht nur, welche Vorschläge auch in der Gesellschaft leben, sondern erzeugen Antworten auf präzise Fragen oder Kompromisse für offene Konflikte, die in der Bevölkerung mehrheitsfähig sind. Zudem produzieren sie Systemvertrauen, weil Bürgerinnen und Bürger gehört und einbezogen werden. Sie bekommen

ein besseres Gefühl für die Komplexität von Themen und widerstehen leichter der Sehnsucht nach zu einfachen Antworten. Beides ist in diesen Zeiten ein hohes Gut.

Es gibt in Deutschland viele Zukunftsfragen zu beantworten. Die meisten sind komplex und ohne Zumutungen nicht zu lösen. In unserer veränderungsmüden und erschöpften Gesellschaft stoßen Lösungen die „nur von oben“ kommen auf massiven Widerstand. Oder Themen werden - aus Angst vor Widerstand - gar nicht erst richtig angepackt. Bürgerräte sind in der Lage, solche schwierigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse zu unterstützen. Sie können nicht „alles richten“, aber einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes leisten. Sie sind erprobt und können sofort genutzt werden. In Deutschland, allen Bundesländern und Gemeinden. LOS GEHT'S! /

Die farbigen Zitate sind Stimmen von Teilnehmenden.

WISSENSCHAFTLICHE BEWERTUNG

Am 20. Februar stellten Prof. Detlev Sack und Nora Freier erste Ergebnisse des Evaluationsberichts vor, den das Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Verian erstellt haben. 84 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werteten ihre Teilnahme am Bürgerrat als positive Erfahrung. 69 Prozent seien zufrieden mit den Empfehlungen. Zudem hielten laut einer vom Evaluationsteam durchgeführten Umfrage 79 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger die Einsetzung des Bürgerrates Ernährung für eine gute Idee.

Der vollständige Report wird in Kürze veröffentlicht.



Anne Dänner

Ehemalige Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.



Roman Huber

Geschäftsführender Bundesvorstand von Mehr Demokratie.

Warum wählen Menschen die AfD?

Ein Interview zur Psychologie der AfD mit Prof. Dr. Eva Walther - von Dieter Halbach



Dieter Halbach: Viele Menschen fragen sich gerade, warum die Zustimmungswerte für die AfD so hoch sind. Sind das nun alles Rechtsextreme oder was haben die für Motive?

Prof. Dr. Eva Walther: In unserer Forschung sind wir auf drei verschiedene Grundmotive gestoßen, eine ökonomische (Bedürfnis nach materieller Sicherheit), eine identitätsbezogene (Bedürfnis nach Wertschätzung) und eine Vertrauenslinie (Bedürfnis nach Kontrolle). Da geht es darum, enttäuschte, ängstliche und wütende Menschen anzusprechen.

Es hat sich in den letzten Jahren bei der AfD eine Radikalisierung entwickelt und viele Menschen haben Angst. Das sehen wir gerade, viele gehen auf die Straße. Wie beobachten Sie diese Entwicklung?

Es gibt ja diese Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die AfD ist nicht nur der parlamentarische Arm der rechten Bewegung in Deutschland, sondern die rechten Bewegungen sind sehr gut international vernetzt.

Die Radikalisierung in der AfD hat sich um den ideologischen Kern von Bernd Höcke und Alice Weidel herum gebildet. Und die AfD wird flankiert von einer Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft, was man an sprachlichen und normativen Verschiebungen erkennen kann. Das wirklich Besorgniserregende ist, was wir affektive Polarisierung nennen, also dass man starke negative Emotionen empfindet, wenn man andere politische Gruppen wahrnimmt. Das ist deshalb so gefährlich, weil gegen die affektive Polarisierung kein Argument hilft.

Das Absurde finde ich, dass oft beide Seiten sagen, wir sind „die Demokraten“ und ihr seid „die Nazis“. Von AfD-Seite aus sind alle Demonstranten die Nazis, die die freie Meinungsäußerung unterdrücken wollen. Und überhaupt ist bei der Anhängerschaft der AfD das Gefühl der Entmündigung durch den Staat sehr stark. Laut ARD DeutschlandTrend geben 96 Prozent den Kampf gegen die Bevormundung als Hauptmotiv an, die AfD zu wählen.

Wir finden durchgängig, dass viele Menschen sich depriviert fühlen, also auch Angst haben, die gesellschaftlichen Veränderungen nicht bewältigen zu können. Die Politik hat beispielsweise keine Erzählung entwickelt, wie Gesellschaften aussehen, die die Klimakrise miteinander gut bewältigt haben. Das erzeugt große Angst und Unsicherheit. Und da kommt dann die AfD, die einfach sagt, den Klimawandel gibt es gar nicht. Das ist dann eine sehr große Erleichterung für die verunsicherten Menschen. Das war ja auch ihre Haupterzählung in der Coronakrise: Wenn der Staat sagt, alle müs-

sen jetzt Masken tragen und sich impfen lassen, dann war das kommunikativ und politisch sehr schlecht vorbereitet. Und das ist natürlich ein gefundenes Fressen für die AfD, die immer versucht, solche Krisen aufzugreifen und das noch diffuse Unwohlsein zu verstärken. Die AfD entlastet die Menschen, indem sie ihnen dann konkrete Gründe und Schuldige liefert: Ja, wir werden alle bevormundet, die Grünen wollen uns die Heizung wegnehmen!

Viele Menschen sind seit Corona in diesem Opfermythos. Das Spektrum reicht dabei von alternativen und esoterischen Menschen über sogenannte „Wutbürger“ bis hin zu extrem rechts, teilweise sogar links. Sie sehen sich in einer Gleichschaltung. Und gleichzeitig wird ihnen eine Heldenerzählung angeboten, dass nur sie wissen, wie alles wirklich ist.

Dieses Wechselspiel aus Opfer und Helden gehört unbedingt zusammen. Es holt Menschen ab, die sich als Opfer fühlen und bietet gleichzeitig Erlösung von der reinen Opferrolle an. Das ist übrigens etwas, was besonders Männer anspricht. Helden-Narrative restaurieren sehr effektiv angekränkelte Männlichkeit. Und die AfD nutzt genau diese Verlustängste und inszeniert Bedrohungen, die auf Männer

„Es ist ein sehr großer Gewinn, wenn Sie solche Angebote machen können, dass Sie Leute in dialogische Gruppensituationen einbinden, wo sie Wertschätzung, wo sie Selbstwirksamkeit und wo sie auch freundliche Kollektivität erfahren und damit auch neue Identitätsangebote schaffen.“

zugeschnitten sind. Die Dynamik aus diesen beiden Erzählungen - Opfer und Held - schafft das Gefühl von Bedeutsamkeit, schafft das Gefühl von Selbstwirksamkeit. Das ist tatsächlich ein Brückennarrativ, das viele rechte Gruppen miteinander verbindet, und auch in andere gesellschaftliche Segmente wie in die esoterische Szene hinein wirkt.

Auch junge Menschen sind dafür sehr empfänglich. Junge Menschen revoltieren gerne. Und die AfD kann sagen: Wir sind diejenigen, die alles anders machen wollen. Wir kämpfen gegen das Establishment.

Ich glaube, es geht dabei auch um kollektive Traumata. Gerade in Ostdeutschland kann man das sehr deutlich ▶



„Die Erzählung und die Angebote, die Parteien wie die AfD machen, sind letzten Endes sozialdarwinistische Erzählungen. Am Ende ist das ein Kampf jeder gegen jeden, und das ist etwas, vor dem viele Leute sehr große Angst haben.“

sehen. Da gab es die Erfahrung der Entmündigung über Generationen hinweg, mit Krieg und Nazidiktatur, dann die DDR-Diktatur und dann die große Hoffnung durch die friedliche Revolution und wieder die Entwertung nach der Wendezeit. Ostdeutschland ist da wie ein Brennglas für eine globale Entwicklung, ein zunehmendes Gefühl der Ohnmacht und der Entwertung des eigenen Lebens. Es hat ja auch eine Entsprechung in den individuellen Biografien, wo viele Menschen keine sichere Bindung, keine Selbstwirksamkeit erlebt haben. Wie sehen Sie den Zusammenhang?

Wovon wir auf jeden Fall ausgehen, ist, dass es eine Veranlagung gibt, für diese Art von Erzählung empfänglicher zu sein. Und das sind oft autoritäre Persönlichkeitsstrukturen, die sehr stark auf Polarisierungen und Schwarz-Weiß-Denken ansprechen. Wenn man dann fragt, woher kommt denn so eine autoritäre Persönlichkeitsstruktur, dann gibt es psychoanalytisch oft die Vermutung, das sind kindliche Traumata. Empirisch ist das nicht so gut untersucht, da wäre sicher noch viel Forschung notwendig. Vermutlich sind aber kollektive Erfahrung von Unsicherheit, von Systemwechsel, besonders gravierend. Die Menschen in Ostdeutschland haben mehr Wechsel und Enttäuschungen erlebt und sind jetzt in der komplexen Umbruchsituation, in der wir gerade sind, empfänglicher und reagieren mit mehr Ängsten.

Auf dem Hintergrund ihrer Erkenntnisse: Was sind gute und was sind nicht so gute Gegenstrategien? Nehmen wir mal beispielhaft die Frage eines Verbots der AfD ...

Das ist wie fast bei allen Maßnahmen ein zweischneidiges Schwert. Normativ gesehen ist es ein klares Signal, wo die Grenzen des politischen Agierens sind. Das ist auch gut, weil es Leute gibt, die sich von der AfD angezogen fühlen, aber normativ gar nicht gefestigt sind. Und für die sind starke Signale wichtig, dass die Mehrheitsgesellschaft das nicht möchte, dass die Mehrheitsgesellschaft demokratisch ist. So gesehen wäre ein Verbot natürlich gut, weil es so ein klares normatives Stoppsignal ist.

Das betrifft nicht nur Verbote, sondern auch, wie man in Kontakt kommt. Auch im Dialog müssen wir Grenzen setzen bei bestimmten menschenverachtenden Überschreitungen.

Ganz genau! Auf der anderen Seite ist natürlich ein Verbot auch nicht die Lösung, denn die AfD-Anhänger wird es ja weiter geben. Was wird dann mit denen? Die suchen sich etwas Neues. Und wenn es wie aktuell schon eine fortgeschrittene Polarisierung gibt, dann verstärkt das natürlich wieder dieses Freund-Feind-Denken, dieses Opfer-Narrativ. Wenn ich Opfer bin, heißt es, die anderen sind die Bösen, und das macht die Distanz zwischen der eigenen Gruppe und der anderen Gruppe größer. Das führt am Ende auch zu einer weiteren Segmentierung der Gesellschaft.

Wir entwickeln bei Mehr Demokratie auch Angebote, wo eine Anerkennung, eben dieses „Gehörtwerden“, für Individuen jenseits von Gruppenzugehörigkeit möglich wird. Sie kennen wahrscheinlich das Format Bürgerräte und wir

haben ein zweites Format „Sprechen & Zuhören“. Bei beiden geht es darum, sichere Räume zu schaffen, in denen Menschen sprechen und zuhören können und im Bürger- rat suchen sie auch gemeinsame Lösungen für gesellschaftliche Probleme. Das kann Menschen herauslösen aus einer Identifikation, die sie als Partei- oder Gruppen- mitglied haben, weil sie vielleicht das erste Mal in ihrem Leben die Erfahrung machen: „Ja, ich kann etwas beitragen, ich bin wichtig! Ich kann aber auch andere Informationen aufnehmen.“ Das scheint uns ein Schlüssel zu sein.

Absolut richtig. Ich glaube sogar, das ist eine der wesentlichen Chancen, die wir haben. Es ist ein sehr großer Gewinn, wenn Sie solche Angebote machen können, dass Sie Leute in dialogische Gruppensituationen einbinden, wo sie Wertschätzung, wo sie Selbstwirksamkeit und wo sie auch freundliche Kollektivität erfahren und damit auch neue Identitätsangebote schaffen. Und es ist ein Grundstein, dass es Menschen tatsächlich schaffen, aus der AfD und anderen menschenverachtenden Gruppen herauszukommen.

Warum ist das so? Die Erzählung und die Angebote, die Parteien wie die AfD machen, sind letzten Endes sozialdarwinistische Erzählungen. Am Ende ist das ein Kampf jeder gegen jeden, und das ist etwas, vor dem viele Leute sehr große Angst haben. Sie wollen nicht in einem permanenten Kriegszustand leben. Wenn demokratische Initiativen wie Ihre dann ein Angebot machen, das auf Wertschätzung und freundlicher Kollektivität beruht, dann machen diese Menschen Erfahrungen, die ihre inneren seelischen Bereitschaften ganz anders aufstellen. Dann müssen sie sich nicht im Krieg befinden, sondern können vielleicht das erste Mal für sich innerlich etwas Frieden und auch Vertrauen in andersdenkende Menschen finden. Wenn Sie mit Mehr Demokratie das schaffen, ist das, glaube ich, extrem wertvoll.

Wenn wir die Berichte von den Teilnehmenden im letzten Bürgerrat lesen (siehe Seite 14), kommt noch eine weitere Dimension dazu. Im Bürgerrat geht es ja auch um konkrete Lösungen, die für die Politik vorgeschlagen werden. Die Menschen machen die Erfahrung, dass sie quasi Politikerinnen und Politiker sind, sie also für das Ganze denken und die Komplexität der vielen Meinungen hören und daraus gemeinsame Vorschläge entwickeln. Da sagen sie: „Ich verstehe jetzt überhaupt erst mal, was Politik bedeutet, und ich habe gelernt, dass ich das kann, dass ich mit anderen diesen Prozess machen kann.“ Da geht es also auch um diese Auflösung von Unten und Oben.

Ganz genau! Und was ich bisher an Lösungen gesehen habe, die die Bürgerräte erarbeitet haben, ist hervorragend. Ich glaube, darin liegt eine Riesenchance, gerade im Augen-

blick, wo es darum geht, dass die demokratischen Kräfte zusammenrücken. Und wenn da solche institutionalisierten Dynamiken eingebaut werden wie jetzt die Bürgerräte, dann ist das ungemein wertvoll.

Mein Gefühl ist auch, im Zusammenrücken der Demokratinnen und Demokraten gibt es eine Dialektik zwischen Abgrenzung und Offenheit. Es geht auch um die Art, wie die demokratische Mitte jetzt kommuniziert. Gut wäre neben der inhaltlichen Abgrenzung, auch ein offenes Angebot, damit man nicht in dasselbe Freund-Feind-Schema verfällt. Wenn wir unsere Stärke wieder zu uns nehmen, dann können wir auch in der Lage sein, wieder Brücken zu bauen, Gesprächsangebote zu machen; nicht naiv, sondern gezielt und gekonnt.

Auf der einen Seite gebe ich Ihnen Recht und sehe auch, dass da die Bewegung auch Fehler gemacht hat. Also „Nazis raus“ ist jetzt nicht unbedingt die kluge politische Maßnahme, obwohl ich das persönlich nachvollziehen kann. Zum Glück hat sich die Bewegung weiterentwickelt, und es gibt jetzt überall auch Slogans, die das Solidarische und Positive betonen. Und diesen Wechsel im Narrativ halte ich für ganz entscheidend. Und trotzdem wird es ein sehr harter Kampf werden. Ein wichtiger Grund ist, dass die Realitätsbindung der Rechtsextremen klein ist. Sie verbreiten einfach Unwahrheiten in einem Ausmaß, dem die demokratischen Kräfte fast nichts entgegen zu setzen haben.

Weil es emotionale Narrative sind, die da wirken und Argumente dagegen wenig nützen.

Ja, aber es sind auch faktische Lügen, die zu der rechtsextremen Ideologie passen. Mit Wahrheit zu kontern gegen diese Unwahrheit, ist ein schweres Unterfangen. Von daher denke ich, es ist gut, dass sich die Demokratiebewegung hin zu einem solidarischen und positiven Narrativ entwickelt. Aber ich wäre sehr vorsichtig zu glauben, das alleine werde der entscheidende Faktor sein. Es werden viele andere Maßnahmen dazugehören müssen, auch politische Maßnahmen, was die Erfüllung der Grundbedürfnisse angeht. Wir brauchen eine andere Sozialpolitik.

Aber ich gebe Ihnen total Recht, dieses positive, mitnehmende Narrativ ist ein ganz wichtiger Baustein. /



Prof. Dr. Eva Walther ist Leiterin der Abteilung Sozialpsychologie an der Universität Trier. Im Springer Verlag erschien 2019 ihr gemeinsam mit Simon D. Isemann geschriebenes Buch „Die AfD psychologisch betrachtet“.



Wir sind als Gesellschaft noch nicht verloren!

Wie mit Beziehungsaufbau die Spaltung überwunden werden kann,
erzählt die SPD Bundestagsabgeordnete Maja Wallstein

Als Schockmeldung gehen sie rum, die Umfragen, die die AfD immer häufiger im Bundestrend bei fast 20 Prozent sehen. Schnell werden Szenarien ausgemalt, für den Fall, dass die AfD in Regierungsverantwortung kommt. Szenarien, die an dunkle Zeiten erinnern, in denen die Grundrechte angegriffen werden. Dabei wird leider oft übersehen, dass wir näher an diesen Szenarien dran sind als dass wir von ihnen entfernt wären.

Die extreme Rechte im Aufwind

Die extremen Rechten sitzen bereits jetzt im Parlament. Sie stellen gewaltbereite Rechtsextremisten als Mitarbeiter in ihren Landtags- und Bundestagsbüros ein. Sie haben Zugang zu sensiblen Informationen und nutzen diese, um den politischen Gegner schon jetzt mit Gewalt auszuschalten. All das passiert längst - und sie brüsten sich damit bei Treffen wie in Potsdam. Sie sitzen im Parlament und lachen höhnisch. Sie machen das Parlament verächtlich und sie beschimpfen Journalistinnen und Journalisten. Und das hat Auswirkungen auf uns alle, im Alltag und in unseren Gesprächen und im Internet. Dinge werden gesagt und geschrieben, die jede Form des Anstands überschreiten. Worte, die verletzen sollen. Worte, die die Gräueltaten unserer Geschichte verharmlosen sollen. Und wir erleben es immer wieder: Aus Worten werden Taten. Hier wird eine Abgeordnete, die mit ihren Kindern unterwegs ist, angeschrien und bespuckt. Da wird der Ehrenamtliche bedroht und körperlich attackiert. Lehrerinnen und Lehrer, die rechtsextreme Umtriebe monieren, werden bedroht und Funktionäre der extremen Rechten nennen das dann bürgerschaftliches Engagement. Veranstaltungen müssen abgesagt werden, weil sie blockiert werden. Die gesellschaftlichen Debatten sind zum Teil keine mehr. Denn Debatte setzt voraus, dass beide Seiten einander (zu)hören. Stattdessen beobachten wir, dass Politikerinnen und Politiker selbst im Privaten bedrängt, verfolgt, beschimpft und angeschrien werden.

Reden wir nicht mehr miteinander?

Dass es nicht mehr zum wirklichen Austausch kommt, das ist das Ziel der Antidemokratinnen und Antidemokraten.

Tatsächlich aber reden wir doch noch miteinander. Bei der Familienfeier, im Verein, im Büro oder auch in der politischen Debatte wird geredet, ja sogar manchmal noch diskutiert. Doch es wird weniger, weil es zäher geworden ist. Der Grund dafür: Wir reden, nur wir können uns oftmals dabei nicht hören.

Gerade wenn die Positionen scheinbar besonders weit auseinander sind, wird eine Diskussion gern vermieden. Kommt es doch zu Diskussionen, dann erreichen die Argumente oftmals den oder die Gegenüber nicht. Dieses Phänomen erleben wir auch in der Politik. Wir werden gefragt, warum wir die Menschen nicht überzeugen können, die AfD

wählen, aber noch kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Ich denke, weil es ein Trugschluss ist zu glauben, Information würde ausreichen. Es reicht nicht mehr, Argumente herauszuarbeiten und Lügen zu widerlegen. Wir wissen aus der DIW-Untersuchung „Das AfD-Paradox“, dass jene, die die AfD wählen, am meisten unter dem Programm der AfD leiden würden. Es reicht dennoch nicht mehr, gute Politik zu machen und diese dann gut zu erklären, weil wir viele Menschen oft gar nicht mehr erreichen. Sie haben ihre eigenen „Informations“-Kanäle. Ich stelle mir diesen zwischenmenschlichen Zustand vor wie eine Glastür zwischen zwei Menschen, die geschlossen ist: Wir sehen uns gegenseitig, wenn wir miteinander reden, aber die Glastür sehen wir nicht. Darum wundern wir uns, warum unsere Botschaft nicht ankommt.

Die große Aufgabe: Die Glastür zwischen uns öffnen

Dieser Aufgabe nehme ich mich seit 2021 mit meiner Zuhör-Tour jedes Jahr an. Ich laufe mit meinem Bollerwagen zu Fuß durch jeden Ort meines Wahlkreises, um mit den Menschen zu sprechen, ihre Geschichten zu hören und Anliegen mitzunehmen. Es ist der Wahlkreis, in dem ich mit nur zwei Prozent Vorsprung vor der AfD das Direktmandat gewonnen habe. Folglich ist es wenig überraschend, dass mir bei den vielen Begegnungen gelegentlich entgegen gebellt wird: „Ich sag's Ihnen so wie es ist: Ich hab' das letzte Mal die AfD gewählt.“ Trotzdem gehe ich dann nicht weg, sondern suche das Gespräch und zeige Interesse. Dabei ist mir immer auch ein Satz des Pädagogen Jesper Juul im Hinterkopf: „Zu meinen, man wisse, wie jemand ist, ist das Gegenteil von Interesse am anderen.“ Ist es noch möglich, scheinbar festgefahrene, mir eindeutig abgeneigte Menschen zu erreichen, die ganz offensichtlich bereits AfD-Sprech und möglicherweise bereits deren Positionen übernommen haben? Und wenn ja, wie?

Die vielen Überraschungen, die mir auf den rund 500 Kilometern begegnen, die ich jedes Jahr zu Fuß abwandere, geben Juul recht: Sie sprechen eine deutliche und positive Sprache. Ich habe nicht die Lösung, aber ein paar Erfahrungen gesammelt.

Erwartungen senken!

Es ist sinnvoll die Erwartungen an das Gesprächsergebnis zu senken. Wenn ich in eine Diskussion gehe mit dem Ziel, meinen oder meine Gegenüber zu 100 Prozent auf meinen Kurs zu bringen, werde ich ungeduldig und frustriert ins Gespräch gehen. Gleichzeitig verhindere ich, dass der Austausch für beide Seiten gewinnbringend ist. Natürlich hätte ich den Anspruch haben müssen, den Reichsbürger, der am Gartenzaun mit seiner Tochter und einer Nachbarin stand, zum Demokraten zu machen. Er fand, die Demokratie funktioniert ja offensichtlich nicht. Es brauche einen König. Ich bot mich sofort für diese Position an. Unter gemeinsamem ▶



Lachen erklärte er mir, dass er mich dann stürzen wolle, wohingegen ich darauf verwies, dass ich im Falle einer solchen Machtposition viele Mittel zur Verfügung hätte, mich nicht mehr stürzen zu lassen. Mir ist klar, dass er nach unserem Gespräch kein sozialdemokratischer Stammwähler sein wird. Deutlich wurde ihm aber schon, dass nicht nur die Demokratie Schwächen hat. Eventuell wird er die Attraktivität einer Monarchie neu bewerten. Viel wichtiger ist jedoch: Die Umstehenden und er haben an dem Tag eine andere Perspektive gehört. Und ich natürlich auch!

Beziehungen aufbauen!

Bist du bereit, in ein Gespräch zu gehen mit der Einstellung: „Es könnte sein, dass mein(e) Gegenüber recht hat“? Fast alle würden exakt das von sich behaupten. Der Test ist schnell gemacht. Meine Begegnungen im Wahlkreis starten häufig mit einer Flut von Themen: Von Antiamerikanismus über die „gelenkten“ Medien bis hin zur jüdischen Weltverschwörung. An welcher Stelle kann ich hier nun inhaltliche Zugeständnisse machen? Die ehrliche Antwort: Nirgends! Je weniger wir uns kennen, desto weniger sind wir auch in der Lage, einander zu hören und zu verstehen. Wirkliches Zuhören geht nur über eine gewisse Art von Beziehung, insbesondere dann, wenn man offensichtlich verschiedene Positionen vertritt. Ein Beispiel: In einem Ort nah an der deutsch-polnischen Grenze meines Wahlkreises begegnete mir ein Mann, der mich und meinen Bollerwagen kritisch beäugte. Ich sprach

ihn an und fragte ihn, was im Dorf die wichtigsten Themen seien. Sofort schimpfte er, dass es die Kriminalität sei. Schon einige seiner Nachbarinnen und Nachbarn seien Opfer „der Ausländer“ geworden und er fürchte, er sei der Nächste, denn auch er habe eine Vespa in der Garage. Ich hörte ihm zu und bekam das typische Bild eines fremdenfeindlichen, älteren Mannes serviert. Doch weil ich mich nicht abwandte und 30 Minuten zuhörte, öffnete er sich mir. So erfuhr ich, dass es die Vespa war, mit der seine Frau jeden Tag zur Arbeit gefahren war. Sie sei vor ein paar Jahren verstorben. Die Angst, auch noch einen Teil ihres Andenkens zu verlieren, trieb ihn um und ich konnte es sofort nachempfinden. Der Ton des Gesprächs änderte sich schlagartig, weil wir beide einen kleinen gemeinsamen Nenner gefunden und so eine Beziehung aufgebaut hatten.

Keine Belehrungen!

Ein anderes Mal spazierte ich mit meinem Bollerwagen an einer Frau in einem herrlichen Vorgarten vorbei. Über die Bewunderung ihres offensichtlich mit großem Aufwand gepflegten Kleinods kamen wir ins Gespräch. Sie trieb vor allem der Krieg in der Ukraine um. Sie teilte mir mit, dass dieser mörderische Krieg von den Amerikanern gewollt und gesteuert sei, dass der ukrainische Präsident ein Schauspieler, gar eine Marionette sei, dass man mit Putin nur reden müsse und die ukrainischen Flüchtlinge keine echten Flüchtlinge seien. Dafür seien sie viel zu gut gekleidet. Hätte ich

nun eine Reihe von Fakten präsentiert, wäre die Glastür verschlossen geblieben. Sie hätte diese Argumente nicht gehört. Stattdessen zeigte ich ihr mein Verständnis dafür, dass ihr die Ukrainerinnen nicht wie „echte Flüchtlinge“ vorkommen. Denn natürlich ist das übliche Bild von Geflüchteten, dass die Berichterstattung über Jahre geprägt hat, ein vollkommen anderes. Dann erzählte ich ihr von den acht Ukrainerinnen, die ich aufgenommen hatte: Drei Mütter, eine Großmutter, vier Kinder aus Charkiw. Ich erzählte, wie schwer es den Müttern gefallen sei, die Entscheidung zur Flucht zu treffen, wie lange der neunjährige Nikita seinen Vater jetzt schon nicht gesehen hat und wie oft wir alle auf dem Sofa gesessen und zusammen geweint haben, weil sie einen der Väter nicht erreichen konnten und nicht wussten, warum. Ich erzählte ihr von Katja, die am 14. Februar, also zehn Tage vor dem Angriffskrieg, mit ihrem Mann ein Haus gekauft hatte, um sich dort mit ihm und ihren zwei Kindern Mascha und Yuliiia etwas so Schönes aufzubauen, so wie diesen Garten hier. Dieses Haus steht nicht mehr. Statt Belehrungen bot ich persönliche Erlebnisse an und merkte, dass sie es wirklich bewegte. Auch sie wird nicht von Heute auf Morgen ihr gesamtes Weltbild ändern. Aber für diese halbe Stunde hat sie etwas gehört, das sie in ihren Messenger-Chats oder von ihren Nachbarn nicht hört.

Wirkliches Zuhören geht nur über eine gewisse Art von Beziehung, insbesondere dann, wenn man offensichtlich verschiedene Positionen vertritt.

Selbstwirksamkeit ermöglichen!

Wie nachhaltig können diese Gespräche sein? Je ehrlicher, je persönlicher diese Gespräche sind, desto nachhaltiger sind sie auch. Fast zwei Stunden sprach ich in Türkendorf mit einem alten Mann und hörte mir seine Geschichte an. Zwei Tage später - und einige Orte weiter - lud mich eine Frau in ihren Garten ein und erzählte mir, wie begeistert ihr Vater aus Türkendorf von mir erzählt hätte. Trotzdem reichen die Gespräche allein nicht aus. Wie viele andere hatte diese Frau aber auch ein persönliches Anliegen, dass ich, wie zuvor die Geschichte ihres Vaters, in mein rotes Buch schrieb. Das Anliegen nahm ich mit und mit Hilfe meines Teams konnte ich es auch lösen. Die Idee der gesamten Tour entstammte dem Wunsch, die Anliegen der Menschen meines Wahlkreises kennenzulernen und bestenfalls die Probleme zu lösen. Das gibt mir Selbstwirksamkeit und vor allem auch den Menschen, die sich mir anvertrauen. Sie machen die Erfahrung, dass ich es ernst meine und vor allem, dass

sie durch ihre Gesprächsbereitschaft ihre Anliegen und Probleme lösen können.

Haltung zeigen!

Bei aller Bereitschaft, mich auf meine Gegenüber einzulassen, werde ich es niemals an Haltung fehlen lassen. Es bringt nichts, den Menschen nach dem Mund zu reden, mit ihnen gemeinsam über „die da oben“ zu schimpfen und sich gleichzeitig von „den anderen Politikern“ abzugrenzen. Die demokratischen Kontrahentinnen und Kontrahenten zu beschimpfen und zu erklären, was „die anderen“ nicht können, hilft nur den Antidemokratinnen und Antidemokraten. Haltung zeigen ist dabei nicht nur gegenüber diesen systemkritischen Menschen notwendig. Es hilft auch der jungen Frau, die mit ihrem französischen Mann aus Berlin zurück in meinen Wahlkreis gezogen ist. Sie fühlte sich mit ihren weltoffenen Ansichten in der Region manchmal allein, weil ihre Nachbarschaft „anders unterwegs“ ist. Für sie war es motivierend, mich zu treffen und zu wissen, dass ihre direkt gewählte Abgeordnete klare Haltungen hat und diese auch offen vertritt. Es geht nicht nur darum, Menschen aus den Fängen der extremen Rechten zurückzuholen, sondern auch darum, Demokratinnen und Demokraten zu stärken.

Die Magie dieser Gespräche ist: Egal wie laut, wie aggressiv oder wutgetrieben die Gespräche beginnen, in 99 Prozent aller Fälle enden sie freundlich und respektvoll. Darum weiß ich, dass unsere Gesellschaft trotz aller Schockmeldungen noch nicht verloren ist. Doch uns allen muss klar sein: Die Zeit des Zuguckens und des Ab-und-zu-Kommentierens, die Zeit des In-die-Zukunft-Verschiebens ist vorbei! Bleibt im Gespräch mit Freunden, Nachbarinnen, Arbeitskolleginnen, Vereinskameraden und Verwandten. Baut Beziehungen auf! /



Podcast Hotel Matze mit Maja Wallstein
www.youtube.com/watch?v=pDcqsy2DG_M



Rede von Maja Wallstein im Bundestag am 23. Februar 2024
www.youtube.com/watch?v=9vIt4t6gOt0



Maja Wallstein

Als gebürtige Cottbuserin ist sie ein Kind der Lausitz. Heute ist sie direkt gewählte Bundestagsabgeordnete der SPD für Cottbus und Spree-Neiße und außerdem auch Mutter und aktive Fußballschiedsrichterin.



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 facebook.com/mehrdemokratie
 twitter.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX